

**Stadtkanzlei**

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02  
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch**Protokoll****Stadtrat von Thun****Sitzung 07/2013 vom 22. August 2013, 17:00 Uhr, Rathaus**

---

**Anwesend****Stadtrat**

Vorsitz: Stadtratspräsident Peter Aegerter  
Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Fahrni, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser (bis Geschäft Nr. 46), Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer

**Gemeinderat**

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller (bis Geschäft Nr. 46), Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler

**Ferner**

Stadtschreiber Bruno Huwyler

**Sekretariat**

Stadtratssekretär Remo Berlinger  
Protokollantin Renate Schneider

**Entschuldigt**

Stadträtin Susanna Ernst

**Schluss der Sitzung**

19:40 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Speziell begrüsst er Stadtrat Serge Lanz und die neue Sachbearbeiterin für den Stadtrat, Frau Marianne Gerber.

**Der Stadtratspräsident** macht auf die zunehmend langen Voten an den Stadtratssitzungen aufmerksam. An der Sitzung in Goldiwil haben diese teilweise die Grenzen der Aufnahmefähigkeit überschritten. Er ersucht die Ratsmitglieder um kürzer gehaltene Voten und um entsprechende Rücksichtnahme.

## 42. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. Juni 2013

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

## 43. Stadträtliche Kommissionen

### Ersatzwahl SAKO Bau und Liegenschaften B + L anstelle von Peter Fahrni (SVP)

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, schlägt den zukünftigen Stadtrat *Michael Dähler (SVP)* als Kommissionsmitglied vor.

**Der Rat** genehmigt stillschweigend folgenden

#### Stadratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. b) Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme des Wahlvorschlags der SVP-Fraktion,

#### beschliesst:

In die Sachkommission Bau und Liegenschaften (B+L) wird als Mitglied anstelle von Peter Fahrni (SVP) per sofort gewählt: Michael Dähler (SVP).

## 44. Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

### Betrieb KKThun: Nachkreditbeschluss zum Rahmenkredit "Entschädigung Kontingente" (aktuell: CHF 2'030'000) betreffend Kostenproblem für lokale und kulturelle Veranstalter

#### Bericht des Gemeinderates Nr. 14/2013

**Gemeinderätin Ursula Haller Vannini** erläutert den Antrag. Die SAKO BiSK und die SAKO P+F sind an einer gemeinsamen Sitzung umfassend informiert worden. Sie unterstreicht, dass es sich bei diesem Geschäft nicht um den Vertrag mit den Betreibern handelt.

Peter Stutz, **SAKO BiSK**, erinnert, dass bereits im Juni 2012 auf einen Nachkreditsantrag für die Jahre 2014 und 2015 hingewiesen wurde. Die Kulturabteilung verlängert die Aufgabenverzichtsplanung um zwei Jahre, um jährlich 100'000 Franken einzusparen. Dies stellt eine Umverteilung von der Kulturabteilung zum KKThun dar, für die Gesuchsteller bei der KA stehen daher jährlich 100'000 Franken weniger zur Verfügung. Die Folgekosten aus der Investition und die Betriebsbeiträge summieren sich auf rund 2 Mio. Franken pro Jahr. Seitens Stadt sind nur noch die Betriebsbeiträge von heute jährlich 538'000 Franken beeinflussbar. Eine Hoffnung bleibt, dass aus der RKK ab 2017 mehr Geld fließen könnte. Die SAKO BiSK legt Wert auf rechtzeitige Verhandlungen für den Vertrag ab 2015, der hoffentlich tiefere jährliche Betriebskosten ausweist. Falls eine Ausschreibung für einen neuen Betreiber geplant ist, sollten die Verhandlungen mit dem jetzigen Betreiber bis im Frühling 2014 abgeschlossen sein. Die SAKO BiSK empfiehlt das Geschäft mit 4 : 0 bei drei Enthaltungen zur Genehmigung.

Martin Allemann, **SAKO P+F**, stimmt dem Antrag einstimmig zu. Damit die im Antrag erwähnten Vereine das KKThun weiterhin nutzen können, sind die beantragten Nachkredite unabdingbar. Es war bekannt,

dass dieser Antrag folgen wird. An der gemeinsamen Sitzung der SAKOs BiSK und P+F sind Fragen und Anregungen bezüglich der neuen Vertragsverhandlungen beim Gemeinderat deponiert worden.

Die **SP-Fraktion**, so Stadtrat Allemann, stimmt dem Antrag einstimmig zu, mit dem Hinweis, dass durch die Weiterführung des Aufgabenverzichts Mittel für andere kulturelle Zwecke reduziert werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, unterstreicht die Logik des Nachkredites, die in einem bis Ende 2015 dauernden Vertragswerk liegt. Damit das KKThun Fuss fassen kann, ist es in den Jahren 2014 und 2015 weiterhin auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Die Fraktion erhofft sich ab 2016 weniger komplexe Verträge. Echte kulturelle Leistungen sollten direkt unterstützt werden können. Dem Antrag stimmt die Fraktion einstimmig zu.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, erachtet die Begründungen für die beiden Nachkredite als nachvollziehbar und stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Der Fokus der Fraktion liegt auf den neuen Vertragsverhandlungen zwischen der Stadt Thun und der Betreibergesellschaft. Die Fraktion erhofft sich einen rechtzeitigen Einbezug des Stadtrates.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, erinnert an die ausführliche Diskussion im Juni 2012. Wie von der Fraktion befürchtet wurde, beschäftigt sich der Stadtrat erneut mit Nachkrediten für das KKThun. Die Fraktion hat dem früheren Antrag unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass für die Jahre 2014 und 2015 eine andere Lösung mit dem Betreiber ausgehandelt wird. Die nun präsentierte Lösung sind weitere Nachkredite. Dieses Vorgehen wird von der Fraktion nicht unterstützt. Nach der Beurteilung der Faktenlage und aufgrund der Vorgeschichte befindet sich die Stadt in einer denkbar schlechten Verhandlungsposition. Besser wäre es, den Thunerinnen und Thunern die Gesamtkosten offenzulegen und das Volk entscheiden zu lassen, ob diese kostenintensive Kultur gewünscht wird. Die Fraktion lehnt den Antrag ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, erwartet vom neuen Vertrag transparente Informationen über die zukünftigen Kosten. Es soll sich um realistische Beträge handeln, damit keine weiteren Nachkredite nötig sind. Die Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, stimmt dem Antrag zu. Für die Jahre 2012 und 2013 wurden bereits Nachkredite genehmigt, im Wissen, dass für die Jahre 2014 und 2015 weitere Nachkredite zu erwarten sind. Er warnt vor zu hohen Erwartungen in den Folgevertrag. Die Preise im KKThun bewegen sich auf einem marktüblichen Niveau. Es ist zu überlegen, wie viel die Kultur der Stadt Thun Wert ist.

**Gemeinderätin Haller Vannini** dankt für die mehrheitlich positiven Voten. Die Auslastung des KKThun ist sehr erfreulich. Die Kulturveranstalter konnten sich seit der Eröffnung optimal positionieren. Es wird bereits ein Entwurf eines Vertrages diskutiert, mit dem Bestreben, mit den bisherigen Vertragspartnern weiterzuarbeiten. Dieser Vertrag wird den zuständigen SAKOs rechtzeitig unterbreitet werden. In der Abstimmungsbotschaft 2007 sind Kosten von 1,891 Mio. Franken pro Jahr prognostiziert worden. Nun sind Kosten von 1,961 Mio. Franken pro Jahr entstanden. Die geringe Differenz von rund 80'000 Franken zeigt auf, dass von Anfang an versucht wurde, die reale Situation abzubilden.

**Der Rat** genehmigt mit 26 : 11 bei zwei Enthaltungen folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. b), 66 sowie 68 Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 27. Juni 2013, beschliesst:

1. Lösung Kostenproblem von lokalen und kulturellen Veranstaltern: Bewilligung eines Nachkredites von Fr. 220'000 als neue Ausgabe zum Rahmenkredit „Entschädigung Kontingente“ von Fr. 2'030'000 (SRB Nr. 92 vom 5. November 2009 und SRB Nr. 42 vom 28. Juni 2012) zu Lasten der Rechnungen 2014 und 2015. Der Rahmenkredit für die Entschädigung der Kontingente an die KKThun AG zu Lasten der Laufenden Rechnungen 2011 bis 2015 beträgt somit Fr. 2'250'000 (Fibu-Konto 3822.365.11).
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## 45. Interpellation I 2/2013 betreffend Realisierungsaussichten auf ein Hallenbad

### Fraktion der Mitte FdM vom 14. Februar 2013; Beantwortung

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, erklärt sich von der Beantwortung nicht befriedigt und wünscht eine Diskussion.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Die Interpellanten, so Stadtrat Hädener, stellten sehr präzise Fragen an den Gemeinderat, in der Hoffnung, auch präzise Antworten zu erhalten. Einzelne Antworten sind äusserst vage formuliert. So wie seine Fraktion die „politische Agenda“ versteht, stand ein Hallenbad in den letzten 20 Jahren nie auf der Traktandenliste. Bevor ein Hallenbad realisiert werden kann, muss es zuerst in die politische Agenda aufgenommen werden. Die Frage 2 bleibt unbeantwortet. Ebenfalls beantwortet der Gemeinderat die Fragen 4 und 5 nicht, sondern stellt die aktuelle Finanzlage dar. Die Beantwortung der Frage 9 ist entmutigend. Verhalten sich alle umliegenden Gemeinden so, wird jeder Akteur auf den ersten Schritt der anderen warten. Die Fragestellung ist sehr einfach: Ist die Stadt bereit, Eigen- und allenfalls Fremdmittel für ein Hallenbad zu investieren? Ist die Stadt bereit, sich an den Betriebskosten zu beteiligen oder wird ein kostendeckender Betrieb verlangt? Anhand solcher grundsätzlicher Diskussionsthemen könnten wichtige Vorentscheide getroffen werden. Es drängt sich eine vorausschauende, regionale Planung auf, auch um zu klären, wie es punkto Hallenbad Oberhofen weitergehen soll.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die sachliche Einschätzung der Realisierbarkeit eines Hallenbades. Der Gemeinderat bestreitet nicht, dass es ein Bedürfnis ist, ein Hallenbad in Thun zu haben. Es ist davon auszugehen, dass der Betrieb eines Strand- und Hallenbades eine Deckungslücke verursachen würde. Die Bereitstellung eines Hallenbades ist eine freiwillige Gemeindeaufgabe und darf die Erfüllung der Pflichtaufgaben im Sportstättenbereich nicht gefährden. Es stehen umfangreiche Sanierungsarbeiten bei der Kunsteisbahn an. Die Infrastruktur bei der Leichtathletikanlage (Dusche, Garderobenräume) wird wohl noch vor Ablauf der Baurechte zur Sanierung fällig. Eine Erweiterung der Hallenbadanlage in Heimberg mit regionaler Zusammenarbeit macht nur Sinn, wenn das Hallenbad mit den öffentlichen Verkehrsmitteln besser erschlossen wird. Die Fraktion stellt die Erwartung an den Gemeinderat, dass er sich beim ERT für eine Bewertung bis Ende 2014 einsetzt.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, regt an, dass die elftgrösste Stadt der Schweiz durchaus ein Hallenbad als freiwillige Gemeindeaufgabe realisieren könnte. Die Fraktion wünscht sich eine aktive Evaluation zum Thema Hallenbad in Thun. Wegen der Finanzplanung auf die Zeit nach 2018 zu warten klingt wie ein Nein zu einem Hallenbad. Darum unterstützen die Grünen einstimmig das heute eingereichte Postulat zum Hallenbad, um möglichst bald mit einer Evaluation zu beginnen. Bereits liegen einige mögliche Standorte vor, die es zu prüfen gilt: Strandbad, Allmend, STI Busdepot und Casino.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, findet, dass der Gemeinderat sich hinter dem ERT verschanzt. In der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden bezüglich Hallenbad scheint der Gemeinderat nicht aktiv werden zu wollen. Die Fraktion spricht sich für eine aktive Vorgehensweise in der Suche nach einer ökologisch nachhaltigen Lösung aus. Eine seriöse Überprüfung eines Hallenbadneubaus in der Region und die Neuausrichtung der Sportstrategie wäre wünschenswert.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Ausführungen. Der Sachverhalt wird aus aufgabentechnischer, aus planerischer und aus finanzpolitischer Sicht beantwortet. Dem Verein Winterdach Strandbad Thun wurden keine Versprechungen gemacht, sondern Möglichkeiten aufgezeigt. Die Fraktion wird den Verdacht nicht los, dass die Erwartungen von kleineren Vereinen und Minderheiten an finanzielle Unterstützungen durch die Stadt zunehmen. Mit Sicht auf die finanzpolitischen Rahmenbedingungen in Thun sind die Voraussetzungen momentan nicht gegeben, um ein Hallenbad zu realisieren. Einem allfälligen privaten Investor würde jedoch wohl von Seiten Stadt Hand geboten, ein solches Projekt zu verwirklichen.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, empfiehlt, dass vor der Sanierung des Strandbades geklärt wird, ob ein allfälliges Hallenbad im Strandbad realisiert werden könnte. Ansonsten besteht die Gefahr, dass quasi zweimal im Strandbad Investitionen anfallen. Die Fraktion unterstützt eine regionale, nachhaltige Lösung.

**Gemeinderätin Haller** weist darauf hin, dass der Gemeinderat nicht nur Wünsche annehmen und erfüllen kann. Der Gemeinderat muss zwingend den finanzpolitischen Überblick haben und Weitsicht anwenden. Es ist dem Gemeinderat durchaus bewusst, dass das Bedürfnis nach einem Hallenbad unbestritten ist und das Thema auf regionaler Ebene diskutiert werden muss. Der Gemeinderat wird in der Beantwortung des heute eingereichten Postulats die bisher unternommenen Abklärungen aufzeigen. Frau Haller verweist auf die umfangreichen Sanierungsarbeiten, die im Sportstättenbereich anstehen.

#### 46. Interpellation I 3/3013 betreffend Beiträge der Regionalen Kulturkonferenz Thun (RKK)

##### SVP-Fraktion vom 14. Februar 2013; Beantwortung

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, ist mit der Beantwortung teilweise zufrieden und wünscht die Diskussion.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Es ist enttäuschend, dass die Regionsgemeinden nicht bereit sind, höhere Beiträge zu leisten. Dies hat Konsequenzen für die Thuner Kulturinstitutionen, welche nun ihr Angebot abbauen müssen. Die Fraktion befürwortet die Haltung des Gemeinderates, die entgangene Mittelerrhöhung nicht zu kompensieren. Ab dem Jahr 2017 wird es einen neuen Kostenteiler geben. Es ist zu hoffen, dass bei der neuen Lösung der wirtschaftliche und der kulturelle Perimeter übereinstimmen werden.

Nora Läng, **SP-Fraktion**, bedauert die Ablehnung der Beitragserhöhungen seitens einzelner grösserer Gemeinden. In den nächsten vier Jahren wird es für die subventionierten Kulturinstitutionen eine Durststrecke geben, welche hoffentlich mit dem neuen Kulturförderungsgesetz beendet sein wird. Für die Fraktion stellt sich die Frage, ob die Verantwortlichen im Vorfeld bei den RKK-Gemeinden genügend Überzeugungsarbeit geleistet haben. Die Fraktion begrüsst die Bereitschaft des Gemeinderates, dem Stadtrat zu gegebener Zeit einen Antrag für die Erhöhung der Betriebsbeiträge an das Schlossmuseum zu unterbreiten.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, hält fest, dass sich die Gemeinden ab 2017 in Verbänden oder Regionalkonferenzen zusammenschliessen müssen, um Fördergelder des Kantons zu erhalten. Die Fraktion erachtet die Aufnahme von Zusammenarbeitsverhandlungen zwischen der Stadt Thun und den Agglomerationsgemeinden als äusserst dringend.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die umfassende Antwort. Die fehlende Solidarität unter den Gemeinden fällt auf. Die Fraktion erhofft sich für die Zukunft eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der RKK.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, findet es bedauerlich, dass die betroffenen Kulturinstitutionen weniger Mittel erhalten. Dass der Gemeinderat bald mit einer Erhöhung des Betriebsbeitrages ans Schlossmuseum von 172'000 Franken in den Stadtrat kommen könnte, sei gut zu wissen. Die Fraktion ist besonders an der zukünftigen Regelung interessiert. Insbesondere stellt sich die Frage, ob zum heutigen Zeitpunkt schon bekannt ist, welche klaren Vorgaben die Stadt mit den neuen Verhandlungen in der RKK erreichen will.

**Gemeinderätin Ursula Haller Vannini**, betont, dass innerhalb der RKK sehr viel Lobbying betrieben wurde. Trotz aller Bemühungen sind die Beitragserhöhungen abgelehnt worden. Ab 2016 benötigt die Stadt ein neues Konstrukt. Der Druck ist gross; es wird intensiv an einer Lösung gearbeitet.

## 47. Beschäftigungs- und Integrationsprogramme - neuer Standort

### Werkstätte Industriestrasse 5, 3600 Thun; Bewilligung eines Verpflichtungskredites

#### Bericht des Gemeinderates Nr. 13/2013

**Gemeinderat Roman Gimmel** erläutert das Geschäft und macht auf die intensive Standortsuche aufmerksam. Insgesamt wurden 17 Gebäude geprüft. An der gemeinsamen Sitzung der SAKOs Si+So und B+L vor Ort wurde die relativ geringe Wahlfreiheit des Stadtrates bemängelt. Insbesondere wegen den Reservationsgebühren waren rasche Entscheidungen nötig. Betreffend Finanzierung und Folgekosten sind einige Fragen beantwortet worden.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** ist sich bewusst, dass es sich um ein teures und finanztechnisch komplexes Geschäft handelt. Er erläutert den Hintergrund der Beschäftigungs- und Integrationsprogramme. Die Programme befinden sich nahe am Markt, was laufend Veränderungen mit sich bringt. Die Nutzung von Synergien zwischen den Programmen und dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH), das direkt nebenan liegt, wird überprüft. Auch wird versucht, Synergien zwischen den Programmen und dem Tiefbauamt vermehrt zu nutzen.

Suzanne Albrecht Wyss, **SAKO B+L**, erläutert die Vorlage. Sie stellt fest, dass es für den Stadtrat kaum Handlungsspielraum gibt, da bei Ablehnung des Geschäfts eine Entschädigung von 50'000 Franken an den Vermieter geleistet werden muss. Die SAKO B+L empfiehlt den Antrag einstimmig zur Genehmigung.

Die **Fraktion Grüne**, so Stadträtin Suzanne Albrecht, findet die Beschäftigungs- und Integrationsprogramme sehr sinnvoll. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Piero Catani, **SAKO Si+So**, konnte die Beschäftigungs- und Integrationsprogramme besichtigen. Die SAKO ist von den Programmen überzeugt und findet sie sinnvoll. Mit den heutigen dezentralen Standorten können die Programme kaum Synergien nutzen. Der Betrieb wird über den Kanton finanziert. Die Stadt konnte bisher auch von Leistungen des Programms profitieren, deshalb erscheint Outsourcing nicht sinnvoll. Die SAKO Si+So empfiehlt den Antrag einstimmig zur Genehmigung.

Die **SP-Fraktion**, so Stadtrat Catani, findet die Programme sinnvoll. Die Programmteilnehmer erhalten eine Tagesstruktur und sind möglicherweise wieder in den ersten Arbeitsmarkt integrierbar. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, erachtet die Programme als notwendig und sieht keine Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Es ist bedauerlich, dass kein Plan B vorliegt. Entweder wird die vorgeschlagene Lösung akzeptiert oder es gibt keine Lösung. Die Fraktion stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Daniel Schenk, **SVP-Fraktion**, hält fest, dass die Zusammenführung der Standorte unbestritten ist. Da der Mietvertrag bereits seit 1. Juli 2013 läuft, wird der Stadtrat vor vollendete Tatsachen gestellt. Herr Schenk weist auf die Finanzierung der Programme durch Steuergelder hin, auch wenn diese vom Kanton kommen. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, stimmt dem Antrag zugunsten den in den Programmen beschäftigten Menschen zu. Die Entscheidungsmöglichkeiten des Stadtrates sind eingeschränkt. Die Kündigung des Objektes in Allmendingen fand zu kurzfristig statt und hatte eine vorübergehende Lösung zur Folge. Die neuen Mietkosten sind deutlich höher, zumal die Fraktion die Halle als suboptimal betrachtet. Es wird sich zeigen, wie praktisch sie bezüglich Klima und Lärm ist. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Stadt die Beschäftigungs- und Integrationsprogramme selber führen muss. Viele andere Städte outsourcen solche Angebote. Die Fraktion wünscht sich regelmässige Kennzahlen in den Bereichen Vermittlung, Selbstfinanzierungsgrad und Synergieeffekte.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, hält fest, dass die Programme möglichst optimal aufgestellt sein müssen, um effizient zu sein. Ein zentraler Standort ist eine wesentliche Voraussetzung. Seitens der Fraktion wird der fehlende Plan B bemängelt. Es ist zu hoffen, dass keine Konkurrenzsituation zwischen den städti-

schen Programmen und dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH) entsteht. Die Fraktion erachtet das Vorgehen als sinnvoll und stimmt dem Antrag einstimmig zu.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** dankt für die positive Aufnahme des Geschäfts und nimmt die kritischen Bemerkungen zur Kenntnis. Er erläutert die finanziellen Erfolge der verschiedenen Bereiche der Beschäftigungsprogramme. Gemäss Information des Kantons generieren die Beschäftigungs- und Integrationsprogramme Thun überdurchschnittlich viel Ertrag.

**Der Rat** genehmigt mit 37 : 0 bei einer Enthaltung folgenden

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. b) und i) Stadtverfassung, Artikel 4 lit. c) des Reglements über den Arbeitslosen-Sozialfonds der Stadt Thun sowie Artikel 4 lit. c) der Verordnung über den Fonds Ertragsüberschüsse Beschäftigungs- und Integrationsprogramme und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 4. Juli 2013, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 1'100'000 als neue Ausgabe, zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 503/4132.002.0 (Bestandesrechnungskonto Nr. 1165.10.01) für das Bauprojekt Mieterausbau Einsatzzentrale an der Industriestrasse 5, Thun.
2. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 256'700 als neue wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung ab dem Jahr 2014ff (Vertragsdauer 10 Jahre), Produktgruppe 4.1. Einwohnerdienste für die Miet- und Nebenkosten der Beschäftigungs- und Integrationsprogramme an der Industriestrasse 5.
3. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 146'841 als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2013, Produktgruppe 4.1. Einwohnerdienste, für zusätzliche Miet- und Nebenkosten der Beschäftigungs- und Integrationsprogramme an der Industriestrasse 5.
4. Bewilligung Entnahme aus Spezialfinanzierung Arbeitslosensozialfonds von CHF 500'000 zwecks zusätzlicher Abschreibungen Mieterausbau Industriestrasse 5.
5. Bewilligung Entnahme aus Fonds Ertragsüberschüsse Beschäftigungs- und Integrationsprogramme von CHF 410'000 für harmonisierte sowie zusätzliche Abschreibungen Mieterausbau Industriestrasse 5.
6. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## **48. Postulat P 3/2013 betreffend Überprüfung Zebrastreifen auf Gemeindestrassen**

**Rupp Sandra (SP), de Meuron Andrea (Grüne) und Mitunterzeichnende vom 14. Februar 2013; Beantwortung**

**Sandra Rupp Gyger (SP)** ist mit der Antwort und mit der Abschreibung des Postulats nicht einverstanden. Die Antwort ist sehr vage formuliert. Der Termin für den Bau der zwei geplanten Mittelinseln im Bereich Pestalozzischulhaus ist nach wie vor nicht bekannt. Der Gemeinderat führt in seiner Antwort nicht aus, ob die vom TCS als mangelhaft eingestuften Fussgängerstreifen verbessert wurden. Ebenfalls wäre eine Unfallstatistik interessant gewesen. Der Gemeinderat weist in seiner Antwort darauf hin, dass eine gesamtheitliche Überprüfung der Zebrastreifen kostenintensiv ist. Gemäss Abklärung der Postulantin beim Kanton würden rund 50'000 Franken für die Überprüfung der Zebrastreifen auf dem ganzen Stadtgebiet anfallen. Frau Rupp Gyger schlägt einige Massnahmen für das weitere Vorgehen vor: Bei den 70 Fussgängerstreifen, bei denen jährlich die Farbe aufgefrischt wird, könnte gleichzeitig die Sicherheit überprüft werden. Es könnte ein einfaches Unterhaltskonzept erstellt werden, in dem z.B. die regelmässige Überprüfung der Beleuchtung und Umgebung sicher gestellt wird. Die Konzentrierung der Überprüfung könnte vorerst auf neuralgische Stellen wie Schulen, Altersheime, Einkaufszentren gerichtet sein. Sie beantragt, das Postulat nicht abzuschreiben.

**Andrea de Meuron (Fraktion Grüne)**, findet es schade, dass die Antwort des Gemeinderates nicht auf die angesprochenen möglichen Sicherheitsmängel eingeht. Die Antwort ist nicht befriedigend. Sie fragt sich, ob die Verantwortlichen der Stadt mit bestem Wissen und Gewissen bestätigen können, dass die

Sicherheitskriterien bei allen Thuner Zebrastreifen erfüllt sind. Wie eine systematische und objektive Überprüfung durchgeführt werden kann, erläutert sie am Beispiel der Stadt Bern.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, macht auf den wachsenden Unmut in der Bevölkerung aufmerksam. Obwohl die Stadt viel im Bereich Sicherheit unternimmt und auch Hinweise aus der Bevölkerung abklärt, sind die Probleme bei den Zebrastreifen noch aktuell. Die Überprüfung der Zebrastreifen ist eine Daueraufgabe der Stadt. Die Fraktion unterstützt den Antrag der Postulanten, das Postulat nicht abzuschreiben.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, unterstreicht die notwendige laufende Überprüfung der Zebrastreifen, was zu den Standardaufgaben der Stadt bezüglich Verkehrssicherheit gehören muss. Die Fraktion spricht sich einstimmig für die Überweisung und Nichtabschreibung des Postulats aus.

Verena Schneiter, **Fraktion der Mitte**, weist auf die Priorität der Schulwegsicherheit hin. Die Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats und dessen Nichtabschreibung.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, findet eine einmalige, allgemeine Überprüfung wenig sinnvoll, da sich die Verhältnisse laufend ändern. Die Stadt sollte diese Aufgabe als Daueraufgabe wahrnehmen. Nebst den Zebrastreifen sollten auch die Sicherheitslinien bei den Bussen geprüft werden. Die Fraktion stimmt der Überweisung des Postulats einstimmig zu und unterstützt mehrheitlich dessen gleichzeitige Abschreibung.

**Gemeinderat Roman Gimmel** erläutert die Antwort des Gemeinderates. Eine einmalige Aktion erscheint nicht sinnvoll. Die Hinweise aus der Bevölkerung werden ernst genommen und abgeklärt. Allfällige Sicherheitsmängel, die bei der Abklärung auffallen, werden behoben. Dieses Vorgehen funktionierte bisher gut. Um eine geeignete Form für die gewünschte Überprüfung zu finden, werden erneut Abklärungen erfolgen.

**Sandra Rupp Gyger (SP)** dankt für die Unterstützung.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** überweist das Postulat mit 38 : 0.

**Der Rat** lehnt die Abschreibung des Postulats mit 34 : 4 Stimmen ab.

## **49. Postulat P 2/2013 betreffend Massnahmen nach Alkoholintoxikation**

### **Baumann-Fuchs Jonas (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Januar 2013; Beantwortung**

**Jonas Baumann-Fuchs (EVP)** ist befriedigt von der Antwort und dankt den Verfassern. Er erläutert die Ziele des Postulats und hält fest, dass es ihm darum geht, die bestehenden Angebote besser miteinander zu verknüpfen. Nicht alle Betroffenen werden vom Angebot der Beratungssitzungen erreicht. Baumann-Fuchs regt an, Personen welche wiederkehrend mit Alkoholvergiftung ins Spital kommen, auch wenn sie dieses am nächsten Tag wieder verlassen können, erst recht mit konsiliarischen Gesprächen zu „beglücken“. Ebenso die Menschen, bei welchen ein chirurgisches Thema im Vordergrund steht. Es ist wichtig sich bewusst zu sein, dass es sich um Menschen und nicht Fälle handelt, leider oftmals mit einem leidenden Umfeld.

Daniel Schenk, **SVP-Fraktion**, weist auf die bereits existierenden, umfassenden Angebote von Institutionen im Suchtbereich hin. Thun hat im Gesundheits- und Suchtfragen keine Probleme und daher besteht kein Handlungsbedarf. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Sabine Kaufmann, **SP-Fraktion**, unterstützt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulats. Sie verweist auf den Alkoholkonsum von Jugendlichen. Es ist schwierig, Jugendliche zu einem Nachorgespräch zu animieren. Das bestehende Angebot in Thun muss genügen, da der Aufwand für ein Projekt wie beispielsweise NoTox unverhältnismässig hoch wäre.

Zeno Supersaxo, **FDP-Fraktion**, beurteilt die personellen Ressourcen und die Kosten als zu hoch. Die Fraktion dankt jedoch dem Postulant für das Aufgreifen des heiklen Themas. Es handelt sich eher um ein gesamtgesellschaftliches Problem, das möglicherweise besser mit härteren Massnahmen in der Prävention angegangen werden sollte. Die Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats mit gleichzeitiger Abschreibung.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** nimmt das Postulat mit 26 : 10 an.

**Der Rat** schreibt das Postulat 36 : 0 ab.

### **50. Fragestunde F 4/20013 betreffend "Missachtet der Gemeinderat den Willen des Stadtrates?"**

#### **SVP-Fraktion vom 20. August 2013; Beantwortung**

Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich auf.

#### **Mitteilungen**

**Der Stadtpräsident** stellt die Dokumentation der Thuner Handfeste vor.

**Der Stadtratspräsident** liest das Demissionsschreiben von Ursula Stöckli (SP) vor, welche per 30. September 2013 aus dem Rat zurücktreten wird.

Der Stadtratspräsident verabschiedet Stadtrat Peter Fahrni. Er war seit 2004 Stadtrat und war während dieser Zeit in mehreren Kommissionen tätig. In der laufenden Legislatur hatte er Einsitz in der BRK und in der SAKO B+L. Er dankt im Namen der Stadt Thun und im Namen des Rates für sein Engagement und seine Arbeit im Stadtrat und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

#### **Eingänge**

- Postulat betreffend den Bau eines Hallenbades, Fraktionen der Mitte, SP, BDP, Grüne und FDP vom 22. August 2013
- Interpellation betreffend Glasfaserversorgung im Wirtschaftsraum Thun, Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2013
- Interpellation betreffend Gemeinschaftsgärten, eine Fläche für Urban Gardening in Thun, Fraktion Grüne vom 22. August 2013
- Interpellation betreffend Schulraumplanung Seefeld/Schadau, Fraktion der Mitte vom 22. August 2013
- Interpellation betreffend Fracking in der Region Thun, Sabine Kaufmann (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2013

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger